

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Für die Nachgelassenen: 200 11.

Bezugs-Gebühr von 16. bis 31. Januar 1925 bei dgl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengelder 10 Pfg. Nachm. Kullträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Mackestraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neppich & Neichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersorgte Schreibweise werden nicht aufbewahrt.

Herriot über Deutschlands Verfehlungen.

Freunde Frankreichs nehmt euch in Acht! — Lächerliche Aufbauschung des Kontrollberichts. Die Programmrede des neuen Reichsfinanzministers. — Neue Gefährdung des Handelsvertrages durch die Pariser Antwort.

Herriots Kammerrede über die Außenpolitik.

Paris, 28. Jan. Die Kammer setzte heute vormittag die Beratung des Budgets der Auswärtigen Angelegenheiten in Anwesenheit des Ministerpräsidenten fort. Der Abgeordnete und ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission Dubois erklärte bei Besprechung der interalliierten Schuldenfrage, daß Frankreich seine Schulden in keiner Weise abzulassen, sondern nur eine unterschiedliche Behandlung gemacht wissen wolle in Handels- und politischen Schulden an Amerika. Darauf bekräftigte er sich mit den Wirkungen des Dawes-Planes und erklärte, daß selbst, wenn Deutschland zahlte, Frankreich in Ausführung dieses Planes nur etwa 15 Milliarden Goldmark erhalten würde. Wenn Deutschland an Frankreich das bezahlt haben würde, was es schulde, werde Frankreich auch seinerseits seine Pflicht tun und seine Gläubiger in weitestem Maße befriedigen. Dubois suchte ferner darzulegen, daß Frankreich so gut wie nichts an Reparationen erhalten habe. Während es von Deutschland 144 Millionen Goldmark erhalten habe, habe es selbst an Deutschland auf Grund des Spaer-Abkommens 232 Millionen Goldmark Vorschuß gezahlt, also mehr, als es selbst erhalten habe.

Ministerpräsident Herriot griff wiederholt in die Debatte ein, um zu beweisen, daß seiner Regierung nicht der Vorwurf der Preisgabe gemacht werden könne.

Es ist leicht zu beweisen, daß die Ruhrbesetzung uns weniger eingebracht hat, als die Sachlieferungen, die zu unserer Verfügung gewesen waren und die entgegenzunehmen wir uns geweigert hätten.

Man kann die Ruhrbesetzung vom Reparations- und vom Sicherheitsstandpunkt aus betrachten. Was jenen anbetrifft, so frage ich Sie, wie man ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken den Dawes-Plan hätte annehmen können und zu gleicher Zeit die Ruhrbesetzung fortführen.

In der Nachmittags-Sitzung hielt dann

Ministerpräsident Herriot

seine angekündigte Rede über die Außenpolitik, in der er erklärte: Wir haben uns in Frankreich bemüht, solide Grundlagen für den Weltfrieden zu schaffen. Dieser Idealismus hatte in Genf einen Sieg davongetragen. Wir haben in Genf dargelegt, daß Gerechtigkeit ohne Macht ohnmächtig ist und daß Macht ohne Gerechtigkeit zur Tyrannei führt. Der Abgeordnete Briand unterbricht und erklärt, er habe das Protokoll unterzeichnet und glaube, daß das eine Tat sei, der er die größte Bedeutung beimessen dürfe. Die in Genf geschaffene Internationale der Nationen könne der Welt den Frieden geben.

Herriot geht sodann auf

die Politik gegenüber Deutschland

ein, und erklärt, Deutschland habe eine Note über die Kriegsverantwortlichkeit angekündigt. Die französische Regierung habe erklärt, wenn diese deutsche Note abgelehnt würde, würde sie sie nicht entgegennehmen. Diese Entschlossenheit habe es verhindert, daß diese Frage aufgeworfen worden sei. Bei der Behandlung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, der nur erfolgen könne, wenn Deutschland seine Vorzugsbehandlung verlange, erklärte Herriot auf einen Zwischenruf, daß in bezug auf das Kontrollrecht die französische These triumphiert habe. Der Präsident der Kontrollkommission in Deutschland, die vom Völkerbund eingesetzt werde, werde ein Franzose sein, ferner habe er den Obersten Rat der nationalen Verteidigung damit beauftragt, die Frage der Sanktionen jetzt zu studieren.

Es sei ein Plan entworfen worden, den er jetzt der Kammer noch nicht mitteilen könne.

Herriot wandte sich dann der Frage der interalliierten Schulden zu, besprach weiter die Räumung der Röhrenzone und erklärte, die Politik der französischen Regierung versuche, das Einverständnis mit den Alliierten zu erzielen. Niemand solle die Beziehungen zwischen Frankreich und England besser und herzlicher gewesen als jetzt. Herriot verlas sodann zahlreiche Dokumente über die Arbeitsmethoden der Kontrollkommission und betonte, was die Befehung des Rheinlandes für Frankreich bedeute.

Am Rhein liege die letzte Bedingung für die Sicherheit Frankreichs.

Wenn Frankreich am Weltfrieden mitarbeiten solle, dann müsse zuerst seine Sicherheit garantiert sein. Herriot unterlegte dann die Bestimmungen des Vertrags von Versailles und setzte ihnen

die angeblichen deutschen Verfehlungen

gegenüber. Er sprach von der Ausbildung junger Rekruten und Reservisten. Eine der ernstesten Fragen sei die Frage der deutschen Polizei. 1913 habe die deutsche Polizei 50 000 Mann kommunalpolizeilich und 27 000 Mann Staatspolizeilich umfaßt. Im Jahre 1920 sei Frankreich einem Lande in Deutschland zum Opfer gefallen. Deutschland habe gefordert, die Stärke seiner Reichswehr von 100 000 auf 200 000 Mann zu erhöhen. Das sei ihm verweigert worden. Die Alliierten hätten ihm aber gestattet, seine Polizei von 90 000 auf 150 000 Mann zu erhöhen, mit der Bedingung, daß die Polizei einen lokalen Charakter tragen müsse und nicht zentralisiert werden dürfe. Die Stärke der Gendarmen sei von 12 000 auf 17 000 Mann gebracht worden. Deutschland

habe keine der Verpflichtungen hinsichtlich der Polizei erfüllt. Die alte Polizei bestehe weiter, und man habe die Schussgründel, die eine Reichswehr sei. In den Bureaus der Polizei seien 90 000 Mann beschäftigt, die zu den 150 000 Mann hinzuzurechnen werden müßten. Die Revolver und Maschinengewehre der Polizei könnten auch für das Heer nutzbar gemacht werden.

Die Schuss umfalle 5000 Offiziere des alten Heeres. Sie unterhalte einen Generalstab (1) im Ministerium des Innern und habe überall ein Kommando.

Herriot verlas sodann den Artikel eines Polizeiorgans, das sich angeblich über die Ausbildungsmethoden beschwert hat, und sagt, auf Veranlassung des Ministeriums des Innern habe das Blatt allerdings berichten müssen. Um zu einer Verabredung der Regierung zu kommen, erklärte der Ministerpräsident weiter, müßte Deutschland zuerst entmilitarisieren. Er wolle denen in Deutschland Verhaftungswiderfahren lassen, die sich bemühen, daß der Vertrag von Versailles ausgeführt werde.

Nach einer kurzen Pause kam Herriot auf den

Stand der deutschen Entwaffnung

zu sprechen. Er erinnerte daran, daß durch die Kontrollkommission 37 000 Kanonen, 87 000 Maschinengewehre, 4 500 000 Gewehre, 75 Millionen Patronen zerstört worden seien und sagte dann, was Deutschland zurückbehalten habe, wisse man nicht. Man habe es aber an dem ersehen, was man entdeckt habe. In gewissen Stellen habe man mehr Reservisten vorgefunden, als die Reichswehr an Material notwendig habe. Herriot erwähnte weiter die Zahl der Pferde, Kessel und die Angelegenheit mit den Maschinen. Er erwähnte ferner, daß bekanntlich von der Kontrollkommission bemerkt worden, um dann zu sagen, die Alliierten hätten um die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verhindern, um die Umstellung gewisser Arsenale in Friedensbetriebe zu verhindern, Deutschland wolle aus diesem humanen Entgegenkommen Nutzen ziehen, um seine Arsenale zu behalten, ja sogar um sie zu vergrößern. Die militärischen Fabriken in Spandau und anderswo hätten Waffen und Maschinen in Menge hergestellt. Krupp habe sich bisher geweigert, die Maschinen zur Herstellung weiträumiger Geschosse zu verkaufen. Der Artikel 169 des Versailler Vertrages sei ein toter Buchstabe geblieben.

Durch die Reichswehr und die Reservisten werde das deutsche Heer wieder hergestellt, das die wahre Verantwortung für den Krieg trage.

Deutschland habe entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags seinen Generalstab wiederhergestellt unter der

Leitung eines Generalstabs, ein Oberkommando und eine außerordentlich vervollkommnete Technik. Die Demokratie hätte die Pflicht, die Wiederherstellung dieser Technik zu verhindern. Andernfalls seien die Erörterungen in Genf über Entwaffnungspakte und über ein schiedsgerichtliches Verfahren unmöglich. Herriot erwähnte dann angebliche Bemerkungen des Generals v. Zeckl, die deutschen militärischen Führer müßten sich darauf vorbereiten, eine mächtige moderne Armee zu beschließen, gerade als ob es sich nicht um ein kleines Heer von 100 000 Mann ohne Luftschiffe und Artillerie handle, damit, wenn die Stunde geschlagen habe, man Mittel und Wege finde, in den Kampf einzutreten. Der Wille bestehe, und der alte Geist sei nicht verschwunden, wie bei einer Schildwache, die ihre Pflicht bis zu dem Augenblick erfüllt, an dem man sie abrufe. Man müsse daher die politische Lage in Deutschland in Rechnung stellen.

Die Reichstagswahlen

könne man nicht als einen Faustschlag in das Gesicht Frankreichs bezeichnen. Jedoch müsse man bedenken, daß die Rechte trotz der Niederlage der Sozialisten an Stimmen gewonnen habe. Allerdings hätten auch die Sozialdemokraten gewonnen. Aber könne man behaupten, daß ihr Erfolg die Kräfte der militärischen Reaktion neutralisiert habe? Die alten militärischen Führer hätten die Entwaffnung in Deutschland verhindert.

Bei den Alldeutschen und den Rechtsparteien wettete man fortgesetzt gegen den Vertrag von Versailles. Anlässlich der Reppelin-Reise habe man gefordert, daß der Luftschiffbau weiter bestehen bleibe und daß die Luftschiffhalle in Friedrichshafen nicht zerstört werden solle. Die französischen Bauern und Soldaten würden beleidigt. Er könne, wenn er wolle, Artikel und Reden verlesen, nicht nur von protestantischen Pastoren und Generalkaplänen. Während man zwischen Franzosen und Deutschen nur von wirtschaftlicher Annäherung sprechen sollte, antwortete an Frankreich mit herberfüllten Worten. Das sage ich unseren Alliierten, das sage ich auch besonders Italien, denn die Alliierten Sozialdemokraten haben uns gesagt, daß Deutschland ihr Land annektieren wolle, damit es sich in acht nimmt und damit nicht aus Bayern auf Kilpantoffeln die heranschleichen, die für den großen Weltkrieg mit verantwortlich sind. Vielleicht haben unsere englischen Freunde Unrecht getan, die Rückkehr des Kronprinzen so leicht hinzunehmen. Ich sage ausdrücklich: Vielleicht. Ich sage ferner: Vielleicht habe ich Unrecht getan, daß ich vom Reichs-



Die erste Aufnahme des neuen deutschen Reichskabinetts Dr. Luther.

Das ist zugleich die erste Gesamtaufnahme der deutschen Reichsregierung seit 4 Jahren.

Sitzend von links nach rechts: Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsfinanzminister Dr. Luther, Reichsinnenminister Dr. Gieseler, Reichsjustizminister Dr. Franke.

Stehend von links nach rechts: Reichsverkehrsminister Graf Ranth, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus, Reichspostminister Dr. Gisinger, Reichsfinanzminister Dr. v. Schlabach, Reichsverkehrsminister Dr. Krohne.